

nehmen die Kritik als Ansporn, uns weiter zu profilieren“, sagte die Rektorin der Universität Leipzig, Beate Schücking.

Bei den Graduiertenschulen kamen u. a. die TU Darmstadt (Darmstadt Graduate School of Energy Science and Engineering), das Karlsruher Institut für Technologie (Elementary Particle and Astroparticle Physics: Science and Technology) und die Uni Stuttgart (Graduate School Advanced Condensed Matter Science) in die nächste Runde.

Für die ausgewählten Projekte gilt es nun, bis September 2011 die ausführlichen Vollarträge einzureichen. Dann treten sie in Konkurrenz zu den Hochschulen, die bereits in der ersten Phase der Ex-

zellenzinitiative 2006 und 2007 den Zuschlag erhielten. Damals wurden 85 Vorhaben für förderungswürdig befunden.<sup>4)</sup> Die endgültige Entscheidung für die Förderphase von 2012 bis 2017 ist für Juni 2012 geplant. Für diese Runde haben Bund und Länder die zur Verfügung stehenden Mittel von 1,9 Milliarden Euro, die es bei der ersten Phase der Exzellenzinitiative zu verteilen gab, auf nun 2,7 Milliarden aufgestockt, die flexibler als bisher eingesetzt werden sollen.<sup>5)</sup>

Unklar ist noch, wie die mithilfe der Exzellenzinitiative aufgebauten Projekte nach deren Auslaufen 2017 weitergeführt werden können. Margret Wintermantel, die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, mahnte an, dass die Länder

eine Dauerfinanzierung dieser Projekte allein nicht sicherstellen könnten. Bundesforschungsministerin Annette Schavan betonte dagegen in einem Interview mit der Berliner Morgenpost die Pflichten der Bundesländer für die Hochschulfinanzierung, brachte aber auf der anderen Seite das Stichwort der Bundesuniversität wieder in die Diskussion. Sie hält es für möglich, dass leistungsstarke deutsche Universitäten mit hohem Finanzbedarf mittelfristig in die Zuständigkeit des Bundes wechseln könnten. Mit diesem Vorschlag stieß sie auf ein durchaus geteiltes Echo. Offen ist bisher auch, wie ein solches Finanzierungsmodell im Detail aussehen könnte.

Anja Hauck

<sup>4)</sup> Physik Journal, Februar 2007, S. 6

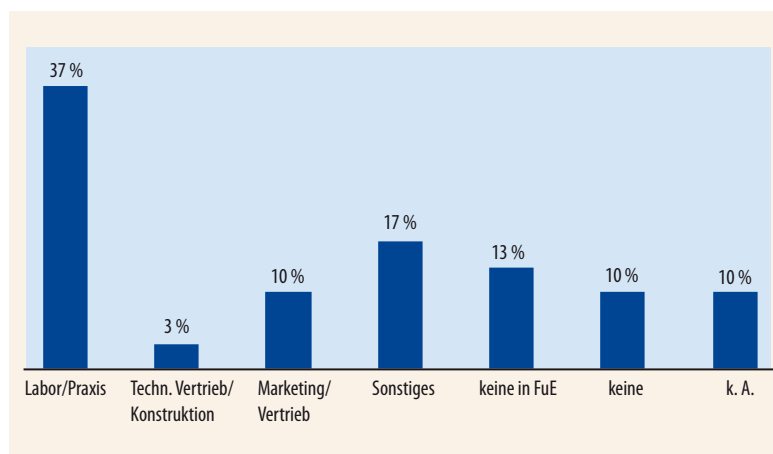
<sup>5)</sup> Physik Journal, April 2010, S. 6

## ■ Bachelorabsolventen – die „Underdogs“ der Physik?

Die DPG präsentierte in Dresden ihre neue Studie zum Physikstudium.

Nach Einführung der Bologna-Reform gibt es längst die ersten Absolventen, sowohl mit Master als auch natürlich mit dem ersten qualifizierenden Abschluss, dem Bachelor. Aber kommen die jungen Physikerinnen und Physiker nach sechs bis acht Semestern Studium auch in der Industrie an? Laut Bundesbildungsministerin Annette Schavan gebe es eine Akzeptanz auf „breiter Front“, eine aktuelle Umfrage der DPG unter 28 mittelständischen und großen Unternehmen ergibt für das Fach Physik jedoch ein völlig anderes Stimmungsbild.

Als wesentliches Ergebnis stellt Lutz Schröter, DPG-Vorstandsmitglied für Industrie, Wirtschaft und Berufsfragen, fest: „Es kristallisiert sich heraus, dass sehr wenige Bachelor eingestellt wurden und dass derzeit auch kein Bedarf genannt wird. Die meisten befragten Unternehmen sehen den Physik-Bachelor als unvollständige Ausbildung an, der die Praxisrelevanz fehlt.“ Dies äußert sich darin, dass zum Einen lediglich sieben Prozent der Unternehmen Bachelor-Absolventen eingestellt haben und diese zum Anderen überwiegend



„Für welche Aufgaben würden Sie in Ihrem Unternehmen generell Bachelor einstellen?“

für Labor- und Routinetätigkeiten einsetzen, weniger jedoch in projektorientierten Bereichen wie Forschung und Entwicklung (Abb.). Hierfür seien Kreativität, Eigeninitiative und Allrounder-Eigenschaften primäre Voraussetzungen, diese Eigenschaften werden jedoch nur den Master-Absolventen zugestanden. Die Berufseinsteiger mit Bachelor konkurrieren deshalb – besonders in Deutschland mit seinem diversifizierten System der Berufsausbildung – mit Physikalisch-Technischen Assistenten und den Physikingenieuren der Fachhochschulen, deren Bachelor-

Studium einen größeren Praxisbezug hat.

Im Rahmen des dreijährigen Studiums an den Universitäten sei es nicht realistisch, gleichzeitig eine breite wissenschaftliche Grundlage und eine für die Industrie attraktive, praxisorientierte Ausrichtung zu schaffen. Ähnliche Schlüsse zieht auch eine aktuelle Studie der DIHK, die eine seit 2007 von 67 auf 63 Prozent gesunkene Zufriedenheit der Unternehmen mit ihren Bachelor-Einstellungen aller Fachrichtungen verzeichnet.<sup>1)</sup> Die DPG sieht das Ziel der Praxisorientierung, speziell in der Physik, erst mit

<sup>1)</sup> K. Heidenreich, Erwartungen der Wirtschaft an Hochschulabsolventen, DIHK 2011; <http://www.dihk.de/presse/meldungen/2011-01-21-hochschulumfrage>

2) O. Koppel, Physikerinnen und Physiker im Beruf – Arbeitsmarktentwicklung, Einsatzmöglichkeiten und Demographie; [www.dpg-physik.de/veroeffentlichung/broschueren/studien/arbeitsmarkt\\_2010.pdf](http://www.dpg-physik.de/veroeffentlichung/broschueren/studien/arbeitsmarkt_2010.pdf)

dem Grad des Masters erreicht, den die Industrie auch hervorragend annehme.<sup>2)</sup>

Zwar honorieren die Unternehmen die frühe Verfügbarkeit der Bachelors, die damit verbundene „Formbarkeit“ in Bezug auf spezifische Firmenanforderungen und -kulturen, knüpfen dies jedoch an Bruttoeinstiegsgehälter, die durchschnittlich fast 1000 Euro pro Monat niedriger ausfallen als die von Master-Absolventen. Diese würden auch meist im Hinblick auf künftige Führungsaufgaben

eingestellt – die Betriebe schreiben ihnen höhere Methodenkompetenz und Selbstständigkeit sowie tiefere Fachkenntnisse zu, insbesondere dann, wenn sie eine Masterarbeit aus dem industriellen Umfeld vorweisen können.

DPG-Präsident Wolfgang Sandner betont, dass die DPG den Bologna-Prozess nicht anzweifelt. Angesichts des „empirischen Faktums“, dass die Unternehmen den Master als Mindestqualifikation für Physiker in der Industrie ansehen und den Bachelor – quasi analog

zum früheren Vordiplom – nur als Vorstufe, empfiehlt Sandner aber allen Studierenden: „Bereitet Euch bitte darauf vor, bis zum Master durchzuhalten, dann habt ihr ganz hervorragende Berufsaussichten.“ Im Gegenzug forderte er die Politik auf, ausreichende Ressourcen an den Universitäten zur Verfügung zu stellen, damit auch alle Physik-Studierenden nach dem Bachelor einen Master anschließen können.

Oliver Dreissgacker

## ■ Mehr Befristung, kürzere Laufzeiten

Das BMBF ließ das 2007 geänderte Zeitvertragsgesetz für die Wissenschaft überprüfen.

Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen sich meist von einer befristeten Stelle zur nächsten hangeln, um über die akademischen Runden und schließlich zu einer unbefristeten Anstellung zu kommen. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (kurz, aber immer noch sperrig WissZeitVG) begrenzt die Befristung: Wissenschaftliche Beschäftigte können vor der Promotion bis zu sechs Jahre und danach ebenfalls für bis zu sechs weitere Jahre befristet eingestellt werden.<sup>5)</sup> Das Gesetz wurde 2007 modifiziert. Insbesondere zwei Änderungen sollten die Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs verbessern:

- Bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die ihre Kinder betreuen, erhöht sich die Höchstbefristungsdauer um zwei Jahre je Kind.

- Auch nach der Zwölfjahresfrist ist eine befristete Anstellung möglich, wenn die Stelle zu mindestens 51 Prozent aus Drittmitteln finanziert wird.

Die Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) hat die Befristungspraxis im Auftrag des BMBF gründlich unter die Lupe genommen.<sup>5)</sup> Sie erfasste an ausgewählten Hochschulen und Forschungseinrichtungen über einen Zeitraum von einem Jahr alle befristeten Arbeitsverträge mit wissenschaftlichen

Mitarbeitern. Zusätzlich befragte die HIS Personalverantwortliche und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, analysierte die Vertragspraxis der Hochschulen und berücksichtigte amtliche Statistiken und Dokumente.

Vor allem im Hinblick auf die Neuerungen des WissZeitVG fallen die Ergebnisse eher ernüchternd aus, wenn man es im Hinblick auf Arbeitsplatzsicherheit und Planbarkeit der Karriere betrachtet: Demnach befanden sich 83 Prozent der hauptberuflich tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einem befristeten Beschäftigungsverhältnis. Die Tendenz dabei ist steigend. 50 Prozent der Arbeitsverträge sind dabei in der Phase bis zur Promotion auf weniger als ein Jahr befristet, das gilt auch für Postdocs an den Hochschulen. An den Forschungseinrichtungen sieht das mit 40 Prozent leicht besser aus.

Die familienfreundliche Zusatzregel wird zwar allgemein begrüßt, stößt aber auf wenig Resonanz: Nur rund ein Prozent der befristeten Arbeitsverträge stützen sich auf diese Vorschrift. Die gegenwärtigen Bedingungen seien ungünstig für Familiengründer, heißt es in der HIS-Studie. Hierfür gelte es, das Wissenschaftssystem insgesamt

mit der Kinderbetreuung in Einklang zu bringen, da die vielfältigen und intensiven Anforderungen an diejenigen, die weiterhin in der Wissenschaft bleiben, über den Befristungsrahmen fortbestehen.

Das 2007 geänderte WissZeitVG definiert nicht genau, für welchen Personenkreis es gilt, da nach der Föderalismusreform nur noch die Länder die Kompetenz dafür besitzen. Das führt zu Unklarheiten, etwa für studentische Hilfskräfte. So heißt es, die Beschäftigungszeiten vor Studienabschluss seien nicht auf die Höchstbefristungsdauer anzurechnen. Mit den neuen Abschlüssen Bachelor und Master fehlt nun aber ein eindeutiger Bezugspunkt.

Das BMBF erklärt, das Zeitvertragsgesetz habe sich bewährt und die Drittmittelbefristung sei etabliert und klar geregelt. Doch wie die anderen Neuerungen macht dies die Betroffenen nicht glücklicher. Diese schätzen ihre beruflichen Perspektiven nämlich keinesfalls positiver ein, heißt es in der HIS-Studie. Und gerade diejenigen, die bereits seit längerer Zeit wissenschaftlich tätig sind und für die sich aufgrund der Neuerungen zusätzliche befristete Beschäftigungsoptionen auftun, sind mit der Arbeitsplatzsicherheit und der Planbarkeit ihrer Karriere besonders unzufrieden.

Alexander Pawlak

5) [www.gesetze-im-internet.de/wisszeitvg/BJNR050610007.html](http://www.gesetze-im-internet.de/wisszeitvg/BJNR050610007.html)

5) [www.his.de/pdf/33/WissZeitVG\\_Ergebnisse\\_Zusammenfassung.pdf](http://www.his.de/pdf/33/WissZeitVG_Ergebnisse_Zusammenfassung.pdf)